

Matthias Theodor Vogt

Statt des einen großen Mittelpunktes zehn Mittelpunkte, sagt Goethe

Deutscher Kulturföderalismus und Europas Kulturhauptstadt 2010

„Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde,“ vermerkt Eckermann am 23. Oktober 1828. „Wenn man aber denkt, die Einheit Deutschlands bestehe darin, daß das sehr große Reich eine einzige große Residenz habe und daß diese eine große Residenz, wie zum Wohl der Entwicklung einzelner großer Talente, so auch zum Wohl der großen Masse des Volkes gereiche, so ist man im Irrtum. [...] Wodurch ist Deutschland groß, als durch eine bewundernswürdige Volkskultur, die alle Teile des Reiches gleichmäßig durchdrungen hat. [...] Gesetzt wir hätten in Deutschland seit Jahrhunderten nur die beiden Residenzstädte Wien und Berlin, oder gar nur eine, da möchte ich doch sehen, wie es um die deutsche Kultur stände? Ja auch um einen überall verbreiteten Wohlstand, der mit der Kultur Hand in Hand geht.“

In den zwei Jahrhunderten seither sind aus den 20 Universitäten und 70 öffentlichen Bibliotheken, die Goethe für seine Zeit vermerkte, 349 Hochschulen, 430 Theater, 130 Orchester und 10.584 Bibliotheken geworden. Sie lassen Deutschland einen singulären Platz unter den Kulturländern einnehmen. Ähnlich ist die Situation nur in der Schweiz und in Österreich. Es gibt auch einen Begriff für das spezifische Phänomen, das diesen Reichtum an Kultur ermöglicht hat: den Kulturföderalismus. Die Kosten dieses Reichtums werden zu über 80% von den Ländern und Gemeinden getragen; die nationale Ebene des Bundes trägt kaum mehr als die Kosten der Außenkulturpolitik und seit neuestem eine gewisse Beteiligung an Kultureinrichtungen ihrer neuen Residenzstadt Berlin.

Goethe weiter: „Wie steht es aber um diesen letzten Punkt in Frankreich! [...] Ein geistreicher Franzose, ich glaube Dupin, hat eine Karte über den Kulturzustand Frankreichs entworfen und die größere oder geringere Aufklärung der verschiedenen Departements mit helleren oder dunkleren Farben zur Anschauung gebracht. Da finden sich nun besonders in südlichen, weit von der Residenz entlegenen Provinzen einzelne Departements, die in ganz schwarzer Farbe daliegen, als Zeichen einer dort herrschenden großen Finsternis. Würde das aber wohl sein, wenn das schöne Frankreich statt des einen großen Mittelpunktes zehn Mittelpunkte hätte, von denen Licht und Leben ausginge?“

Frankreich ist nicht das einzige Land, das sich die *décentralisation* immer wieder auf's Papier geschrieben hat und sie dennoch nie in die Tat umzusetzen imstande ist. Außerhalb der Metropole bleibt das Leben dem Verdikt geistiger Nachrangigkeit unterworfen. Eines der Mitgliedsländer der Europäischen Union bringt Dupins Finsternis auch amtlich zum

Ausdruck, indem es seine Verwaltungsbezirke außerhalb der Hauptstadt als „Peripherien“ klassifiziert. In diesem Griechenland, beim abendlichen Zusammensein in der Athener Plaka mit ihren Kulturministerrats-Kollegen, entwickelte Melina Mercouri die Idee einer „Kulturstadt Europas“. Deren erste wurde 1985 Athen. Mit Wirkung ab 2005 heißt das Programm „Kulturhauptstadt Europas“ mit der bemerkenswerten, wohlgermerkt unter deutscher Ratspräsidentschaft erdachten Verschiebung von *cultural city* zu *cultural capital*.

Im Sommer des Jahres 2005 soll entschieden werden, wer unter den deutschen Städten sich als Kulturhauptstadt 2010 krönen lassen darf. Nach dem Ausscheiden von Augsburg, Bamberg, Köln, Münster, Osnabrück und Wittenberg befinden sich derzeit zehn Städte im Wettbewerb. Er ist in mehrerlei Hinsicht außergewöhnlich. Zum ersten befinden sich die Städte nach dem Willen der Auslober zwar in agonaler Konkurrenz. Doch haben die Zehn im vergangenen Jahr ein überraschendes Miteinander fast in olympischem Geist gefunden. Sie treten gemeinsam zu den Vorstellungen ihrer Kandidaturen auf und stimmen sich laufend ab. Zum zweiten haben sie, eben weil sie so gut übereinander informiert sind, Konzepte entwickelt, die kaum Deckung untereinander zeigen, sondern jeweils andere Facetten kultureller Entwicklung betonen. Damit repräsentieren sie zum dritten, ganz im Sinne des Goetheschen Diktums von den zehn Mittelpunkten, an denen es Frankreich fehle, geographisch, historisch und kulturpolitisch die Breite der deutschen Kultur:

Braunschweig und die Region Goslar-Wolfenbüttel-Wolfsburg stehen mit der salischen Kaiserpfalz, mit dem Evangeliar Heinrichs des Löwen, mit Lessing als Bibliothekar der Herzog-August-Bibliothek, mit der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an Adolf Hitler für eine ganze Reihe von Brennpunkten deutscher Politik und Geistesgeschichte. Heute gehört es mit der 1887 gegründeten Physikalisch-Technischen Reichsanstalt bzw. Bundesanstalt, der 1936 gegründeten Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt und dem Volkswagen-Werk zu den führenden Technikregionen Europas.

Bremen steht gemeinsam mit Lübeck für die Hanse und die 1648 so brutal gestoppte Handelsverbindung Deutschlands mit der Welt des Nordens und des Ostens, beide aber auch mit Roland und Lübecker Stadtrecht für den Gedanken städtischer Freiheiten unterhalb staatlicher Regelungsansprüche. Heute bewegen sich beide Städte in Richtung einer angelsächsischen Kulturdefinition. Sie ringen um die Ansiedelung von *creativ industries* als Nachfolger ihrer Wertindustrien.

Essen und das mit ihm durch einen kommunalen Zweckverband verbundene weitere Ruhrgebiet stehen für die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, für die damit verbundene Integration von Immigranten und für das Spannungsfeld von Arbeiterschaft und Industriearistokraten. Heute stehen die Zechen still und setzt die Region auf kulturelle Dienstleistungen. Wesentliche Impulse für kommunale Kulturarbeit kamen und kommen aus dem Ruhrgebiet.

Görlitz steht für eine der künstlerisch reichsten Kaufmannssiedlungen des Alten Reiches und mit seiner *via regia* für die Verbindung mit dem Osten. Daß Kultur auch Spiel im Sinne Schillers sein kann jenseits einer - heute an ihre Grenzen gekommenen -

Professionalisierung der Künste, zeigten im Mittelalter die Passionsspiele, ausgangs des 19. Jahrhunderts die schlesischen Musikfestspiele und in diesen Tagen das Görlitzer Adventstüren-Spiel. Am Bürgerspiel „In achtzig Tagen um die Welt“ beteiligten sich gerade wieder weite Teile der Stadt. Heute gilt Görlitz unter Fachleuten als „schönste Stadt Deutschlands“ (Gottfried Kiesow), ist einer der von Entchristlichung und Abwanderung mit am stärksten betroffenen Stadtkreise in den neuen Ländern und nimmt als deutsch-polnische Europastadt Görlitz-Zgorzelec die Herausforderung der EU-Integration aktiv an.

Halle steht für das soziale Element, zu dem sich Aufklärung und Pietismus verbanden und das bis zu den heutigen Adventskollekten und Katastrophenhilfen eine der zentralen Kulturleistungen Deutschlands geblieben ist. Heute ist es gemeinsam mit Leipzig ein Zentrum der Lebenswissenschaften.

Karlsruhe, Potsdam und Kassel im Südwesten, Nordosten und in Mitteldeutschland stehen für die kulturelle Kraft der fürstlichen Residenzen; das eine 1715 aus einer barocken Laune heraus gegründet, das andere vom slawisch-deutschen Marktflecken 1660 zur Jagdresidenz der Brandenburger erhoben, das dritte seit Landgraf Heinrich 1277 über die Hauptstadt des Königreichs Westphalen 1807 unter Napoleons Bruder Jérôme bis zur Sommerresidenz des Deutschen Kaisers 1891 ein Spiegel des deutschen Fürstentums. Heute ist Karlsruhe mit seinen Gerichten Hauptstadt des Rechts und eng mit Straßburg verbunden, Kassel ist mit seiner *documenta* aller fünf Jahre Welthauptstadt der Kunst und Potsdam ist europäischer Erinnerungsort *sui generis*.

Regensburg schließlich steht als Sitz des Reichstages von 976 (gelegentlich) und 1594 (ausschließlich) bis 1806 für die genuin staatliche Ebene Deutschlands, aber auch für die Verbindung über die Donau mit dem Südosten Europas. Heute steht die einstige Keltensiedlung Ratisbona und das spätere Römerkastell *Castra Regina* für Bayerns vergleichsweise erfolgreiche Versuche der industriellen, akademischen und politischen Dezentralisierung.

Wenn also die zehn derzeitigen Bewerberstädte ganz im Sinne des Goetheschen Diktums von den zehn Mittelpunkten, an denen es Frankreich fehle, geographisch, historisch und kulturpolitisch die Breite der deutschen Kultur repräsentieren, dann muß man sich umgekehrt die Frage stellen: könnte es einer von ihnen gelingen, eben diese Breite zu reflektieren? Welche unter ihnen könnte dies alles in ihren Mauern darstellen: von den Römern bis zur Potsdamer Konferenz, vom bürgerlichen Sozialgebot bis zur Grundgesetzauslegung, von der Stadtschrumpfung bis zum Bildungswesen etc. etc.? Könnte also eine von diesen zehn Städten mit Fug und Recht nicht mehr den Titel „Kulturstadt“, sondern „Kulturhauptstadt“ tragen und damit den Anspruch auf Stellvertretung des restlichen Landes erheben? Nein! Wenn man Goethe recht gibt („Wodurch ist Deutschland groß, als durch eine bewundernswürdige Volkskultur, die alle Teile des Reiches gleichmäßig durchdrungen hat.“), so kann die Antwort nur lauten: nicht eine Stadt, sondern alle zehn Städte zusammen repräsentieren die deutsche Kultur. Nur indem alle zusammen den Titel der „Europäischen Kulturhauptstadt 2010“ erhalten, wird das Programm der deutschen Geistes-, Kultur- und Verfassungsgeschichte gerecht.

Deutschland ist ja, ungeachtet seines erst spät gefundenen Namens, kein Land wie dies die Mehrzahl seiner europäischen Nachbarn ist. Historisch war es ein Reich; verfassungsrechtlich gesehen ist es auch heute eine Zusammenfassung mehrerer untereinander gleichberechtigter Länder, die sich zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen haben. Bayern alleine hat bald so viele Einwohner (12 Millionen) wie Österreich (8 Millionen) und die Schweiz (7 Millionen) zusammen; Nordrhein-Westfalen wäre mit 18 Millionen Einwohnern das sechstgrößte Land der EU. Der Wahlspruch der heutigen Europäischen Union *In varietate concordia* (Eintracht in Vielfalt) beschreibt bereits den deutschen Staatsaufbau, nicht erst den Aufbau der EU. Da deutsche Staatlichkeit immer auf den beiden Ebenen der Länder und des Bundes gedacht werden muß, ist die Mitwirkung auf der europäischen Ebene vergleichsweise mühsam. Einfacher fällt sie bei Zentralstaatlichkeit à la Frankreich, dem Vereinigten Königreich oder Italien. Die deutschen Könige des Mittelalters regierten, indem sie von Pfalz zu Pfalz reisten. Der erzwungene Verzicht auf eine feste Residenz entspricht dem Wesen dieser tendenziellen Suprastaatlichkeit. Noch heute spiegelt sie sich in der Verteilung der Gerichtshöfe und sonstigen Zentraleinrichtungen quer über die Republik und eben nicht in einer Hauptstadt. Zwar hatte Wien unter den Habsburgern, aber Berlin nur in der NS-Zeit sowie zu DDR-Zeiten die Funktion einer Kulturhauptstadt Deutschlands bzw. Ostdeutschlands. Melina Mercouris Idee einer „Kulturstadt Europas“ paßte darum im Goethe-Jahr 1999 ausgezeichnet zu Weimar, aber die jetzige Idee einer „Kulturhauptstadt Europas“ steht quer zur deutschen Tradition. Wer den Föderalismus bejaht (und das müßten in Dankbarkeit gegenüber ihren Geldgebern sämtliche schon zitierten 349 Hochschulen, 430 Theater, 130 Orchester und 10.584 Bibliotheken eigentlich tun), muß sich für eine föderale Interpretation der EU-Auslobung aussprechen. Hat nicht die EU selbst im magischen Jahr 2000 gleich neun Städten den Titel zuerkannt, so daß, wenn im Jahr 2010 der Titel „von Pfalz zu Pfalz“ reisen würde, ein Städtebund aus zehn deutschen Kommunen nur Ähnliches unter ähnlichen Vorzeichen wiederholen würde?

Ja, dürfen's denn das?, um mit Kaiser Ferdinand zu sprechen. Dürften sich denn die zehn Städte gemeinsam um den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010 bewerben? Daß sie eigentlich müßten, ist bereits klar geworden. Daß sie aber auch könnten, resultiert aus einer Unschärfe der Auslobungsbedingungen. Diese hängt mit der Struktur des Auslobers, also der Europäischen Union, zusammen, die ja im Prinzip eine Arbeitsgemeinschaft staatlicher Ebenen darstellt. Demzufolge tut sie sich schwer mit der kommunalen Ebene.¹

¹ Offensichtlich wurde dies gerade bei ihrer Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques NUTS). Für Deutschland (NUTS-Ebene 0) sind verzeichnet 16 Länder (NUTS-Ebene 1), 41 Regierungsbezirke (NUTS-Ebene 2) und 439 Kreise (NUTS-Ebene 3). Dann aber fangen die Probleme an. Aufgrund der Nicht-Staatlichkeit der Kommunen, also der Gemeinden und Gemeindeverbände, wurden vor kurzem die NUTS-Ebenen 4 und 5 aufgelöst und durch sog. lokale Verwaltungseinheiten (Local Administrative Units LAU) ersetzt worden. Wie unbefriedigend der EU-Zugriff auf die kommunale Ebene ist, sieht man daran, daß die 13.176 Gemeinden Deutschlands 12 % aller statistisch erfaßten Gemeinden der EU darstellen (bei 22% Einwohneranteil Deutschlands an der EU). Umgekehrt kommt Frankreich auf 36.678 statistische Gemeinden und einen Anteil von 33% der EU-Gemeinden (bei 16 % Einwohneranteil).

Für unseren Zusammenhang des „Wettbewerbs Kulturhauptstadt“ wesentlich ist, daß Bewerbungen auf allen staatlichen Ebenen ausgeschlossen sind (den vier sogenannten NUTS), Bewerbungen auf der kommunalen Ebene nicht prädefiniert sind (den beiden sogenannten LAU). Nirgendwo steht in den Auslobungsbedingungen, daß nur eine LAU 2, eine Einzelgemeinde, sich bewerben darf. Zulässig ist mithin auch die Bewerbung einer LAU 1, eines Zweckverbandes. Und ein kommunaler Zweckverband ist nicht an territoriale Angrenzungen gebunden. Es können sehr wohl auch von einander entfernt liegende Kommunen einen Zweckverband bilden, hier also den Kommunalen Zweckverband „Kulturhauptstadt Europas 2010“ bestehend aus den jetzigen zehn Bewerberstädten.

Und bei zehn Städten könnte es durchaus bleiben. Jede deutsche Gemeinde hatte die Möglichkeit, sich zu bewerben; nur einige haben es getan. Durch die auch historisch sinnträchtige Beschränkung auf nur eine Bewerberstadt pro Land gab es in Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eine Vorauswahl, an deren Ende die jetzigen zehn, allesamt hochengagierten Städte standen bzw. noch stehen. Einige der Länder sind nicht direkt vertreten. Dies aber nimmt sich wie eine Vorwegnahme der ja 1990 nicht zu Ende diskutierten Föderalreform aus: Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein werden wohl irgendwann mit Lübeck zusammen liegen; Berlin mit Potsdam; Thüringen mit Kassel. Und Karlsruhe ist ja ohnehin die geborene Landeshauptstadt für den künftigen Südweststaat Baden-Pfalz-Saar-Württemberg. So zufällig also die jetzige Auswahl anmuten mag, ein Blick auf die Landkarte zeigt eine geradezu paradigmatische Verteilung in der Fläche, wie sie auf Verordnung wohl nie hätte entstehen können und nun wie eine Bestätigung der Wirkungsmächtigkeit des föderalen Grundgedanken der Subsidiarität wirkt. Die EU nennt ihn *bottom up* und versucht ständig, ihn zu evozieren. Meist tut sie dies vergeblich.

Vom Votum der von der KMK eingesetzten Kulturhauptstadt-Kommission abhängen zu machen wäre, ob sich alle zehn Städte sich am Zweckverband beteiligen dürfen sollten.

Wenn die zehn Städte also müßten, wenn sie also könnten: sollten sie denn auch? Hier nun wiederum gilt es sich, das von Goethe mit seiner „Einheit Deutschlands“ Gemeinte vor Augen zu stellen. Einmal nach Innen und einmal nach Außen. Nach innen ist eine gemeinsame Bewerbung aller zehn Städte eine einzigartige Chance. Um nämlich den Deutschen selbst vor Augen zu führen, welch kultureller Reichtum in allen Landesteilen verborgen liegt. Ja: verborgen – etwa 40% der Westdeutschen waren noch nicht in Ostdeutschland. Zahlen für die Kenntnisse der Süddeutschen über die Schätze der Weser-Gotik liegen nicht vor; sie dürften noch geringer ausfallen. Ein Landesprogramm 2010 mit gezielten Schülerfahrten und Seniorenbegegnungen, mit Initiativen der neun Landesrundfunkanstalten (warum muß der Tatort immer in der Gegenwart spielen und nicht einmal bei Voltaire auf Sanssouci oder bei Don Juan in Regensburg?) und was immer die Veranstalter sich einfallen lassen; ein solches Landesprogramm 2010 könnte der inneren Einheit Deutschlands vielleicht jenen von den Bundespräsidenten gerne beschworenen Ruck geben. Bundesgartenschauen gibt es seit langem; eine föderal

organisierte Bundeskulturschau wäre gerade in Zeiten der Leitkultur-Debatten wohl einen Versuch wert.

Nach außen schließlich böte überhaupt erst die Zusammenfassung von zehn lokalen Einzelbewerbungen zu einer Gesamtstrategie hinreichend Masse für eine „Vermarktung“, wie man heute sagt, von Deutschland als Kulturland in der ganzen Welt. Als Tourismusdestination zehrt Deutschland noch immer wesentlich vom Nachkriegsimpetus, ja von Vorkriegsbildern: den Rhein kennt jedes japanische Schulkind, das Oktoberfest ganz Italien. 2010 werden die milliardenschweren Renaturierungen der ostdeutschen Braunkohle-Tagebaue ebenso abgeschlossen und für einen weltweiten Tourismus bereit sein wie dies im Ruhrgebiet für den Papstbesuch 2005 schon der Fall ist. Nach dem Scheitern der Olympia-Bewerbung für 2012 könnte eine Gesamtstrategie für ein neues Deutschland-Image jene neuen wirtschaftlichen Impulse bringen, die angesichts der öffentlichen Finanzen gerade unverzichtbar sind. Und von einer einzigen „Kulturhauptstadt“ so nicht geleistet werden könnten.

Außenpolitik ist auch Imagepolitik. Man stelle sich vor, wie von den Goethe-Instituten und Deutschen Botschaften, von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr bis zu allen sechzehn Länderverwaltungen und den Bundesministerien das Jahr 2010 gezielt genutzt würde, um den auf der Grundlage von Föderalismus und Subsidiarität gewachsenen kulturellen Reichtum Deutschlands weltweit zu propagieren. Dem Bild vom Wirtschaftsriesen und Exportweltmeister ließe sich das mindestens ebenso wahre vom Kulturland hinzufügen. Föderalismus und Subsidiarität sind vielleicht das wichtigste Gut, das Deutschland in Dank für das Zusammenwirken der Völkergemeinschaft rund um den 2+4-Vertrag 1990 heute exportieren könnte. Nicht notwendigerweise uneigennützig. Sprach nicht schon Goethe vom „Wohlstand, der mit der Kultur Hand in Hand geht“? Die dritte Säule der Außenpolitik verdient eine Indienstnahme jenseits ihrer Reduktion auf Spardiskurse bei Goethe.

Da weder eine Stadt noch ein Land noch der Bund alleine eine solche Aufgabe schultern könnte, ist ein Zusammenwirken aller Kräfte erforderlich. Auf der kommunalen Seite ein „Zweckverband Kulturhauptstadt Europas 2010“, von Seiten des Staates eine „Arbeitsgemeinschaft der Länder und des Bundes Kulturhauptstadt Europas 2010“. Führt man sich das jüngste Scheitern der Föderalismusreform vor Augen, wird deutlich, wie sehr unserem Land mit einem solchen Zusammenwirken aller Kräfte gedient wäre; weit über die bei einer solch gezielten Offensive zu erwartenden Touristenscharen hinaus. Ist nicht das Wesen der Kommune schon im Wortstamm die Gemeinsamkeit? Muß also nicht auch ein Land gerade in kritischen Zeiten wie diesen sich als im Wortsinn „kommunale“ Aufgabe verstehen?

Wenn die zehn Städte also müßten, könnten und sollten; wollen sie denn auch? Natürlich rechnet sich im Moment eine jede eine mindestens zehnpromtente Chance aus, zu gewinnen. Wobei die Internet-Umfragen am 1. Januar Görlitz mit 17,83 % an erster Stelle sahen und Essen/Ruhrgebiet mit 4,61 % an letzter. Aber die Entscheidung wird nicht von einer Publikumsbefragung abhängen, sondern von der seitens der

Kulturministerkonferenz gerade eingesetzten Jury und später von der seitens der EU noch einzusetzenden Jury; jeweils vorbehaltlich der Bestätigungen durch KMK bzw. das Europaparlament. Sicher ist nur, daß eine hundertprozentige Sicherheit nur dann gegeben ist, wenn es nur noch einen Bewerber gibt. Nämlich den Zweckverband der zehn Bewerberstädte. So wie Essen schon jetzt nur Anführerin eines Zweckverbandes des gesamten Ruhrgebietes ist und Braunschweig für seine Region. An diesem Votum käme mangels Alternative keiner vorbei, da der Fall, daß Deutschland keine Kulturhauptstadt stellt, nicht vorgesehen ist. Und alle Städte wären im Boot.

Die Kosten natürlich wären höher. Nicht für den Auslober. Dieser stellt ironischerweise nur das Gütesiegel bereit und eine symbolische Summe von rund einer Million Euro. Höher wären die Kosten auch nicht für die beteiligten Gemeinden und Länder, da diese sich ja gegenüber der Bundesregierung bereits bindend verpflichtend haben, die in ihrer Bewerbung genannten Summen auch aufzubringen. Und wer unterstellen wollte, einige Kandidaten hätten dies getan in der Hoffnung, daß der Nachbar den Sieg davontrage, dem sei mit dem Hosenbandorden gesagt: *honni soit qui mal y pense* – Pfui, wer Schlechtes denkt.

Für den Bund wären die Kosten tatsächlich höher. Er müßte nicht eine einmalige Kofinanzierung von 25 Millionen Euro innerhalb des Zeitraums 2007 bis 2011 leisten, sondern zehn solcher Kofinanzierungen, also 250 Millionen Euro oder durchschnittlich 50 Millionen pro Haushaltsjahr, sprich 0,02% seines Etats. Dies ist einerseits keine wirklich erhebliche Summe. Andererseits sollten hiervon 20% für zentrale Marketingmaßnahmen im In- und Ausland verwandt werden, für die ohnehin Mittel bereitstehen oder bereitstehen sollten. Und drittens entspricht diese Summe lediglich einer Million Sondermünzen, umgerechnet auf 100 Euro-Sammlermünzen der Bundeswertpapierverwaltung bei einem Prägeaufschlag (sprich: Bundesgewinn) von jeweils 25 Euro. Positive Erfahrungen des früheren Kasseler Oberbürgermeisters Eichel mit solchen Goldmünzen liegen hinreichend vor. Es wäre also durchaus den Versuch wert, ob nicht die Numismatiker unter Deutschlands Bürgern das Gesamtprojekt finanzieren wollten.

Kurz: im Licht der deutschen Verfassungs- und Kulturgeschichte kann der Titel einer „Kulturhauptstadt“ an sich nur an einen Städteverbund gegeben werden. Die Vergabe an nur eine Stadt wäre ein Widerspruch zu Geschichte und Gegenwart deutscher Kultur. Umgekehrt ist ein „Städteverbund Kulturhauptstadt“ eine Chance für unser gesamtes Land. Wie heißt es doch bei Goethe, heute so aktuell wie 1828: „statt des einen großen Mittelpunktes zehn Mittelpunkte, von denen Licht und Leben ausginge“.

Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt ist der Begründer des Sächsischen Kulturraumgesetzes. Er lehrt Kulturpolitik und Kulturgeschichte an der Hochschule Zittau/Görlitz und ist Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen.